

Bundesminister der Finanzen
Herrn Lars Klingbeil

- per E-Mail -

Berlin, 14. April 2026

Gleichstellung pflanzlicher Milchalternativen bei der Mehrwertsteuer

Sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,

wir wenden uns heute an Sie bezüglich der anhaltenden Diskussion in der Regierungskoalition zu eventuellen Anpassungen bei der Mehrwertsteuer, um gestiegene Lebenshaltungskosten für Verbraucherinnen und Verbraucher abzufedern. Die bisherigen Vorschläge in der Debatte beziehen sich einseitig auf die Senkung des ermäßigten Steuersatzes für bestimmte Nahrungsmittel und klammern dabei pflanzliche Milchalternativen wie Hafer- und Sojadrinks aus, die bislang dem vollen Steuersatz unterliegen. Aus unserer Sicht würde jedwede Anpassung bei der Besteuerung von Nahrungsmitteln jedoch zwingend eine steuerliche Gleichstellung von Kuhmilch und pflanzlichen Optionen erfordern. Andernfalls droht, dass sich eine ohnehin bestehende Wettbewerbsverzerrung zulasten pflanzlicher Optionen weiter verschärft – mit der Folge, dass der Zugang zu nachhaltigen Optionen noch stärker von der finanziellen Lage der Menschen abhängen würde als heute.

Gegenwärtig wird bei pflanzlichen Milchalternativen der volle Steuersatz von 19 Prozent erhoben, während Kuhmilch vom ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent profitiert. Ein Liter pflanzlicher Milch hat in Deutschland 2025 inklusive aller Steuern im Durchschnitt 1,52 Euro gekostet, während ein Liter Kuhmilch 1,38 Euro gekostet hat¹. Die Preisdifferenz an der Supermarktkasse betrug 14 Cent. Dies ist vollständig auf die unterschiedliche Besteuerung zurückzuführen; tatsächlich machte der fiskalisch bedingte Nachteil für pflanzliche Optionen sogar 15 Cent aus. Wären pflanzliche und tierische Optionen also 2025 gleich besteuert worden, wären die pflanzlichen Lebensmittel eigentlich leicht günstiger gewesen.

Schon heute verzerrt die ungleiche Besteuerung den Wettbewerb und schränkt die Wahlfreiheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern unnötig ein. Würde nun zum Beispiel der ermäßigte Steuersatz einseitig für Kuhmilch abgesenkt werden, ohne dass es eine Angleichung des Steuersatzes für pflanzliche Optionen gibt, würde sich die Wettbewerbsverzerrung deutlich verschärfen: Die fiskalisch bedingte Preisdifferenz würde von 14 auf 23 Cent steigen und pflanzliche Optionen wären aufgrund der ungleichen Besteuerung an der Supermarktkasse im Durchschnitt rund 18 Prozent teurer als Kuhmilch.

¹ Aus einer bislang unveröffentlichten Analyse auf Basis von Circana-Daten für den deutschen Einzelhandel. Die Daten werden im Juni 2026 veröffentlicht.

Daher halten wir eine einheitliche Besteuerung pflanzlicher und tierischer Produkte für dringend geboten. Neben dem finanziellen und wirtschaftlichen Nachteil, den diese Ungleichbehandlung für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Anbieter pflanzlicher Milchalternativen bedeutet, sprechen auch weitere Argumente für einheitliche Steuersätze (vgl. auch beigefügtes Positionspapier):

- Wie Kuhmilch sind auch pflanzliche Milchalternativen ein Grundnahrungsmittel für Millionen von Verbraucherinnen und Verbrauchern und werden zur Zubereitung zahlreicher Speisen verwendet. Die [Deutsche Gesellschaft für Ernährung](#) (DGE) erkennt seit 2024 explizit an, dass pflanzliche Milchalternativen ein sinnvoller Bestandteil einer gesunden Ernährung sein können – insbesondere wenn sie mit kritischen Nährstoffen wie Jod, Calcium und Vitamin B₁₂ angereichert sind.
- Eine Gleichstellung würde das jüngst im Klimaschutzprogramm der Bundesregierung veröffentlichte Ziel unterstützen, durch mehr pflanzliche Lebensmittel langfristig mehr als 8 Millionen Tonnen Treibhausgasäquivalente einzusparen. Denn laut einer Studie der [Universität Oxford](#) werden für die Herstellung eines Glases Kuhmilch mehr als dreimal so viele Treibhausgasemissionen ausgestoßen wie für ein Glas Soja- oder Hafermilch. Umgekehrt würde eine einseitige Senkung des Steuersatzes für Kuhmilch ohne steuerliche Gleichstellung der pflanzlichen Optionen dieses Ziel unterminieren.
- Viele Menschen sind aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen auf Alternativen zu Kuhmilch angewiesen: In Deutschland haben [bis zu 20 Prozent](#) der Menschen eine Unverträglichkeit gegenüber Milchzucker. Hinzu kommen noch bis zu 3 Prozent der Erwachsenen und bis zu 7 Prozent der Kinder, die eine Allergie gegen Milcheiweiß haben. Sie trifft die Ungleichbehandlung besonders hart.

Aus diesen und anderen Gründen haben sich auch zahlreiche weitere Organisationen in den letzten Monaten für eine steuerliche Gleichbehandlung von pflanzlichen Optionen und Kuhmilch ausgesprochen, darunter der [Verbraucherzentrale Bundesverband](#) und der [Wissenschaftliche Beirat](#) für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz.

Wir bitten Sie mit Nachdruck, die bestehende steuerliche Benachteiligung bei einer eventuellen Anpassung der Mehrwertsteuer zu beenden.

Für Rückfragen stehen wir selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Fabio Ziemssen
Vorstandsvorsitzender

Bundesverband für
Alternative Proteinquellen

Der [BALPro e. V.](#) vertritt die Interessen von deutschen Unternehmen, die nachhaltige Produkte auf Basis von Pflanzen, Zellkultivierung und Fermentation herstellen und vertreiben.



Ivo Rzegotta
Leiter DACH

The Good Food
Institute Europe

Das [Good Food Institute](#) ist ein weltweit tätiger Think Tank, der Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im Hinblick auf nachhaltige Alternativen zu Fleisch- und Milchprodukten berät.



Matthias Rohra
Geschäftsführer Deutschland

ProVeg
International

Die Ernährungsorganisation [ProVeg International](#) wirkt darauf hin, dass pflanzenreiche Lebensmittel und alternative Proteine breit verfügbar sind und weithin Anklang finden.